

worden. Seinem Geist und seinen Zielen entspricht es, daß die Bevölkerung unserer Republik alle Kräfte anspannt, um unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat zu stärken und in kürzester Frist die allseitige Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über das imperialistische Kriegs- und Ausbeutungssystem in Deutschland zu beweisen. Wir gehen zielbewußt und sicher den Weg zum Siege des Friedens und der Demokratie in ganz Deutschland.

Für unsere Republik ist der heutige Tag Anlaß, der Sowjetunion von Herzen für die große und wahrhaft unersetzliche Hilfe zu danken, die sie uns stets erweist. Es ist unmöglich, die ganze Bedeutung dieser Hilfe in Worte zu fassen. Sie reicht vom ersten Brot, das die sowjetischen Truppen unserer von Hitler in Hunger und Elend gestürzten Bevölkerung brachten, bis zur umfassenden Hilfe bei der Lösung unserer ökonomischen Hauptaufgabe, von der Unterstützung unserer demokratischen Kräfte bei der Ingangsetzung des politischen Lebens nach demokratischen Grundsätzen bis zum nachdrücklichen Eintreten für unser nationales Anliegen: Abschluß eines Friedensvertrages und Lösung der Westberlinfrage. Wir danken dem Sowjetvolk, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion für das tiefe Verständnis und für die Hilfsbereitschaft, die sie unserem Volke in seinem Kampf für die Bändigung des westdeutschen Militarismus, für die friedliche Zur-

kunft eines demokratischen geeinten Deutschland entgegenbringen.

Der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 20. September 1955 ist eine Quelle der Kraft und des Mutes für die Bevölkerung unserer Republik und für alle aufrechten Deutschen. Er ist ein festes Fundament, auf dem sich die Beziehungen zwischen unseren beiden sozialistischen Bruderstaaten in den vergangenen fünf Jahren zum Wohle beider Vertragspartner so reich entwickelt haben. Wir sind gewiß, daß dies auch künftig -der Fall sein wird, und werden die brüderlichen Beziehungen zur Sowjetunion im Geiste des Vertrages auf allen Gebieten weiter entwickeln. Immer mehr Menschen in Westdeutschland wünschen, daß auch der westliche Teil unseres Vaterlandes seine Beziehungen zur Sowjetunion nach den Prinzipien dieses Vertragswerkes der Völkerfreundschaft gestaltet und damit der Bevölkerung Westdeutschlands eine ebenso sichere und glückliche Zukunft bereitet.

Der Tag kommt, wo der lebenspendende Geist dieses Vertrages, dieses leuchtenden Beispiels echter, fruchtbarer Völkerfreundschaft, das Gift der Antisowjethetze auch in Westdeutschland unschädlich macht und ganz Deutschland mit der Sowjetunion, der Kunderin und dem Hort des Friedens, in ewigem Bündnis zusammenführt.

Zur dtiekariavakt

Die Wahlbewegung ist in vollem Gange

In allen Bezirken unserer Republik stellen sich gegenwärtig die Richterkandidaten den Werktätigen vor. Sie berichten über ihre Arbeit und legen dar, wie sie bestrebt sind, mit Hilfe der Rechtsprechung und der politischen Massenarbeit den sozialistischen Umwälzungsprozeß auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu unterstützen. Während in NJ 1960 S. 607 nur über die ersten Auftaktveranstaltungen berichtet werden konnte, hat inzwischen schon eine Vielzahl von Versammlungen stattgefunden. Hier ein Querschnitt:

Oebisfelde 350 Einwohner dieser Grenzstadt im Bezirk Magdeburg gaben am 15. September ihre Zustimmung zur Wahl der Richterkandidaten: eines Oberrichters vom Bezirksgericht und des Direktors des Kreisgerichts Klötze. Einstimmig beschlossen die Versammelten, einen Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR zu senden, in dem es u. a. heißt:

„Die Teilnehmer der heutigen Richterwahl Versammlung der Grenzstadt Oebisfelde, Kreis Klötze, begrüßen die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik. Wir beglückwünschen Sie, lieber Genosse Walter Ulbricht, von ganzem Herzen zu Ihrer Wahl als Vorsitzender des Staatsrates.

Wir versprechen Ihnen, unter Ihrer Leitung und unter Führung der Arbeiterklasse, gemeinsam mit allen Werktätigen unserer Republik auch in der Grenzstadt Oebisfelde die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung durch unsere Taten zu beweisen und unser Grenzgebiet gemeinsam mit allen Sicherheitsorganen unserer Staatsmacht gegen alle Angriffe der kriegslüsternden Imperialisten zu schützen.“

Quedlinburg Das enge Vertrauensverhältnis zwischen unseren Werktätigen und den Justizfunktionären, die selbst aus ihren Reihen kommen, zeigte sich deutlich bei der Vorstellung der Oberrichterin **D i e r l** vom Bezirksgericht Halle und des Kreisgerichtsdirektors **R i c h t e r** in einer Gewerkschaftsversammlung des VEB Meßgerätewerk. Mit Blumen und herzlichem Beifall bedankten sich die Arbeiter für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen und brachten damit gleichzeitig ihre Zustimmung zur Wahl dieser beiden Richter zum Ausdruck. „Kommen Sie bitte bald wieder zu uns“, forderten die Mitglieder einer Frauenbrigade Oberrichterin Dierl auf — und diesen Auftrag, den viele Justizfunktionäre erhalten haben, werden sie ebenso ernstnehmen und gewissenhaft erfüllen, wie die Abgeordneten ihren Wähleraufträgen nachkommen.

Torgau Auch hier empfahlen die Werktätigen in verschiedenen Veranstaltungen den Richter kandidaten, mehr als bisher an Brigadeabenden teilzunehmen und vor den Arbeitern zu sprechen, um dadurch die Verbindung zwischen Richtern und Bevölkerung noch enger zu knüpfen.

Im Kreis Torgau wurde ferner — ebenso wie in Wahlveranstaltungen anderer Kreise — der Vorschlag unterbreitet, es sollten mehr Verhandlungen außerhalb des Gerichtsgebäudes durchgeführt werden. Dadurch erhielt das jeweilige Kollektiv des Angeklagten einen noch tieferen Einblick in die Tätigkeit des Gerichts und könnte sowohl besser auf den Rechtsbrecher Einfluß nehmen als auch zur Überwindung der Hemmnisse und Widersprüche beitragen, die der Verletzung der sozia-